

# Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl.: Edl. Staatsb. Dresden,  
Bank der Arbeiter, Anst. Dresden,  
und Beamten, K.-G. Dresden,  
Gebrüder Kumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Abdruck von Lösungen besonderer Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abrechnung mit der täglichen Unterhaltungsabteilung „Vechen“,  
Zahlung „Kassa“, außerdem „Voll und Teil“ monatlich 2,30 M.,  
sonstige Beiträge, Volldruck 1,80 M., anal. Post u. An-  
schlußgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Bestimmungstag 10, Fernsprecher Nr. 25 261, Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Verkaufsstelle: Bestimmungstag 10, Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707,  
Verkaufszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Wassergewichte: Die 50 mm breite Normbreite 35 Pf., die  
50 mm breite Normbreite 2 Pf., für auswärts 4 Pf., u. 2 Pf. 50  
abwärts Preisliste laut Tarif, Familienabgabe, Stellen- u.  
Werbungsbilanz 40 Pf., Rabatt, für Briefmarken 10 Pf., Einsender 10 Pf.

Nr. 11

Dresden, Donnerstag, den 14. Januar 1932

43. Jahrgang

## Laval kommt wieder

### Keine Regierungsbeteiligung der Linken

#### Paul Boncour lehnt ab

P. Paris, 14. Januar. (Eig. Funkdruck.) Laval wurde am Mittwochabend kurz vor 8 Uhr zu dem Staatspräsidenten Doumergue gebeten, der ihm die Bildung des neuen Kabinetts anbot. Laval dankte dem Staatspräsidenten für seinen Vertrauen und versprach, ihm seine endgültige Antwort in kürzester Frist zu überbringen. Beim Verlassen des Elysees erklärte Laval den Pressevertretern: „Ich werde mich bemühen, schnell zu arbeiten, damit Sie schnell schlafen gehen können.“

Senator Paul Boncour hat das Angebot Lavals, als Finanzminister in das neue Kabinett einzutreten, abgelehnt. Wahrscheinlich dürfte Laval nunmehr außer der Verantwortung des Staatspräsidenten und dem Innenministerium auch das Finanzministerium übernehmen.

#### Lavals Vorschläge

P. Paris, 14. Januar. (Eig. Funkdruck.) Das neue Kabinett Laval ist gebildet und hat sich um 1 Uhr morgens dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Es ist in Bezug auf die Personen der Besetzung das gleiche wie das alte Kabinett Laval. Was die Verteilung der Portefeuilles anbetrifft, hat Laval das Außenministerium und Tardieu das Kriegsministerium übernommen. Das Innenministerium ist an Stelle Lavals dem bisherigen Unterstaatssekretär Catala und das Arbeits-

ministerium an Stelle Tardieus dem bisherigen Unterstaatssekretär Kauld anvertraut worden. Die durch diese Ernennungen freigewordenen Unterstaatssekretariate werden aufgehoben.

#### Briand will nicht Minister bleiben

P. Paris, 14. Januar. (Eig. Funkdruck.) Laval hatte ursprünglich — im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik — die Absicht, die freigewordenen Posten in seinem neuen Kabinett durch einige Persönlichkeiten der Linken zu besetzen. Er hatte sich zu diesem Zweck an Rainier und Parthou sowie an Paul Boncour für das Finanzministerium gemeldet. Alle drei Personen lehnten aber ab.

Vor der Bildung des neuen Ministeriums hatte Laval einen Besuch bei Briand gemacht und ihn gebeten, der Regierung die Unterstützung seiner Autorität und seiner Erfahrung in der Form, die ihm am besten sein würde, zu geben. Briand hat den Posten eines Staatsministers abgelehnt, sich aber über eine andere Form der Zusammenarbeit noch nicht endgültig ausgesprochen. Laval wird sich darüber heute nochmals mit Briand unterhalten. Vielleicht wird sich Briand entschließen, den Posten eines ständigen Vertreters Frankreichs beim Völkerbund anzunehmen. Das neue Kabinett wird sich am Dienstag der Kammer vorstellen. Wie üblich, wird der Verlesung der Regierungserklärung eine Interpellationsdebatte über die Zusammenfassung und die Politik der Regierung folgen, die sehr lebhaft zu werden verspricht. Sie dürfte sich hauptsächlich mit der Außenpolitik und dem Ausscheiden Lavals beschäftigen.

### Abrüstung!?

Der furchterliche Weltkrieg brachte unsäglichen Elend über die Menschheit Europas. Er kostete den beteiligten Staaten 500 Milliarden Goldmark, zwölf Millionen Tote, ebensoviel Verletzte und Krüppel waren das Ergebnis dieses wahnsinnigen Völkermordens. Ganz abgesehen von den demoralisierenden und geistesverwirrenden Wirkungen, die besonders in Deutschland ihren Ausdruck in der nationalsozialistischen Bewegung finden. Nummerhin dürfte der Weltmenschen auch auf eine ersehnte Wirkung und auf eine entscheidende Lehre dieses Krieges hoffen; er sollte der letzte gewesen sein! Sie blieb in der Tat nicht aus. Die Parole: Nie wieder Krieg! fand Wiederhall in der ganzen Welt. Kein vernünftiger Mensch kann sich ihr verschließen.

Die logische Folgerung der Parole gegen jeden neuen Krieg ist und bleibt die radikale Abrüstung in allen Ländern. An Worten und Beschlüssen hat es bisher nicht gefehlt. Die Taten aber strafen alle schönen Worte Lügen. Was ist geschehen? Den unterlegenen Staaten wurde durch die Friedensverträge die Abrüstung vorgeschrieben. Der Vertrag von Versailles macht überdies einen Anlauf zu weiteren Konsequenzen für alle Länder. In Artikel 8 wird im Interesse des Friedens anerkannt und verlangt, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist. Der Rat des Völkerbundes soll die Pläne für diese Abrüstung vorbereiten, sie sollen aber zehn Jahre einer Nachprüfung und Berichtigung unterzogen werden.

Inzwischen sind zwölf Jahre verfloßen. Man erlebte Erörterungen und Konferenzen im Rahmen des Völkerbundes, Pazifistische Kreise aller Länder und die Sozialistische Internationale haben den Gedanken dauernden Friedens und die unbedingte Notwendigkeit der Abrüstung dringend propagiert. Die Abkommen über Seeabrüstung von Washington 1922 und London 1930 bedeuten einen kleinen positiven Schritt nach vorwärts. Sie bestimmen eine Beschränkung der Gesamttonnage und der der einzelnen Schiffsklassen und Schiffsröhren. Die Landrüstungen aber blieben bisher unangefastet. Nicht nur das. Sie wurden weiter ausgebaut! Es werden gegenwärtig in der Welt nahezu 20 Milliarden Mark pro Jahr für Rüstungen ausgegeben. Das sind etwa 70 Prozent mehr als vor dem Kriege. 1) 5½ Millionen Menschen stehen im aktiven Wehrdienst, außerdem 20 Millionen in Reserve. Und das alles im Interesse des Friedens?! Denn das besonders in Deutschland vor dem Kriege propagierte unsinnige Wort: Wer den Frieden will, muß zum Kriege rüsten, hat heute noch Geltung. Es ist besonders in Frankreich bei den Nationalisten zu Hause.

Das alles trotz Kellogg-Pakt, nach dem die Unterzeichner auf den Krieg als Mittel der Politik verzichteten, indem alle Feindseligkeiten durch friedliche Schlichtung erledigt werden sollen. Mit vollem Recht nannte der Präsi-

## Die zwecklose Jungdo-Aktion

Volksbegehren um Hindenburg?

D. Der Führer des „Jungdeutschen Ordens“, Herr Wabraun, hat dem Reichsminister des Innern einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg um sieben Jahre zugehen lassen.

Dem Antrag kommt praktische Bedeutung nicht zu, weil eine Durchführung mehrere Monate in Anspruch nehmen würde, während die Wahl des Reichspräsidenten im März vorgenommen werden muß. Aus diesem Grunde wird dem beantragten Volksbegehren erst gar nicht stattgegeben. Darüber dürfte sich auch der „Jungdeutsche Orden“ nicht im unklaren sein. Wenn er dem Reichsminister des Innern trotzdem seinen Antrag hat zugehen lassen, dann nur aus agitatorischen Gründen. Er hatte wieder einmal das Bedürfnis, von sich reden zu machen.

#### Frid gegen Hindenburg

Durcheinander im Reichstages

D. Die Bemühungen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses zur Vorbereitung der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk haben bereits Einzug gefunden. Es ist zur Zeit aber noch völlig ungewiß, welche Persönlichkeiten sich diesem Ausschuss anschließen sollen oder nicht anschließen werden. Fest steht zunächst nur, daß die Parteien in ihm offiziell nicht vertreten sein sollen.

Von der Absicht, einen derartigen überparteilichen Ausschuss einzusetzen, um die Persönlichkeit des Reichspräsidenten insbesondere der deutschen Außenpolitik als Aktuum zu erheben, haben Deutschnationale und Nazis mit ziemlichem Wohlwollen Kenntnis genommen. Uebrigens hat neuerdings kein anderer als der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, der frühere bayerische Staatsminister Frid, die Argumentation seiner Partei mit den „verfassungsmäßigen“ Bedenken gegen die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament als puren Schwindel entlarvt. Er hat am Dienstag in Rempten in einer öffentlichen Versammlung offen zugegeben, daß die Nationalsozialisten nicht nur gegen Hindenburgs Wiederwahl durch das Parlament waren, sondern seine Wahl durch

das Volk, eine Möglichkeit, die von Hitler bisher offeriert wurde, auch nicht wollen. Die Antwort auf die Frage — so führte Frid in der betreffenden Verantwortung aus — ob eine Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl zustande kommen werde, sei ein glattes Nein. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Mit diesen Ausführungen des Herrn Frid, der in der Parteileitung der NSDAP, ist die Antwort Hitlers an Hindenburg gebührend charakterisiert. Die NSDAP hat zwar schnell erklären lassen, daß Frids Meinung nicht die Auffassung der nationalsozialistischen Reichsleitung wiedergibt, aber das würde nur beweisen, wie es im Hitler-Bücher durchdringend und daß der „Führer“ seine Bonnerie wieder einmal nicht hinter sich hat! Denn Frid ist ja immerhin Vorsitzender der Nazi-Reichstagsfraktion!

#### Sie können auch anders...

Wenn Hindenburg mit Brüning Schluss macht!

D. Berlin, 14. Januar. (Eig. Funkdruck.) Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Dr. Frid, setzte sich am Mittwochabend in einer Versammlung in Landau wiederum für eine nationalsozialistische Parteikandidatur zur Reichspräsidentenwahl ein. Die Nationalsozialisten seien nicht geneigt, die Zentrumskandidatur Brünings auch nur einen Tag länger zu tragen, als unbedingt notwendig sei. Die stärkste Partei Deutschlands hätte sie den Anspruch darauf, daß der Reichspräsident aus ihren Reihen gewählt werde. Das gelte allerdings nur unter der Voraussetzung, daß Brüning noch weiter am Ruder bleiben wolle. Etwas anderes sei es, wenn sich diese Sachlage ändere.

Das heißt also: die Nazis sind bereit, sich über eine Kandidatur Hindenburgs zu verständigen, wenn der alte Herr den jetzigen Reichskanzler fallen läßt und die Nazis in die Regierung beruft. Sie machen die Präsidentenwahl zu einem Handelsobjekt, um an die Futterkassette zu kommen. Im übrigen ist die stärkste Partei Deutschlands noch immer die Sozialdemokratie. Oder kann Frid schon nicht mehr zählen?

#### Berliner Naziproteste gegen Hitler

Berlin, 14. Januar. (Eig. Meldung.) In breiten Nazikreisen herrscht Unruhe über Hitlers Unentschlossenheit in der Präsidentschaftsfrage. Vor allem ist es die Richtung Straßer, Frid, Goebbels, die einen „Kampfabstinenten“ fordert. Am Abend des 12. Januar fanden in Berlin zahlreiche Mitgliederversammlungen der SA-Formationen statt. Unter dem Eindruck der zweideutigen Haltung Hitlers wurden übereinstimmend Protestkundgebungen an die oberste SA-Führung und an die Parteileitung beschlossen; ein Widerspruch gegen diesen Vorstoß, der sich ausdrücklich an die Adresse von Hitler und Göring richtet, erhob sich in den von bekanntgewordenen Fällen überhaupt nicht. Es hat den Anschein, daß diese Protestresolutionen planmäßig vorbereitet wurden, und daß bereits ein enger organisatorischer Zusammenhang zwischen den einzelnen oppositionellen Gruppen vorhanden ist.

Ebenfalls wird uns gemeldet, daß der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels versucht hat, die seit dem April vorigen Jahres abgebrochene Verbindung mit dem Hauptmann Steiner wieder aufzunehmen. Steiner, der sich inzwischen von Kapitän Ehrhardt getrennt hat, soll daraufhin von Goebbels verlangt haben, in dem Wehrdienstprozeß Steiner/Hitler als Zeuge gegen Hitler aufzutreten, erst dann wäre er in der Lage, das Erbschen von Goebbels in „wohlwollende Erwägung“ zu ziehen.